

Änderungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
— Drucksache 11/4812 —

a) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/824 —

Friedensprozeß in Mittelamerika

b) zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/1130 —

Förderung des Friedensprozesses in Zentralamerika

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/4812 – erhält folgende Fassung:

„Eingedenk der von der Regierung Nicaraguas seit Unterzeichnung des mittelamerikanischen Friedensabkommens Esquipulas II am 7. August 1987 kontinuierlich und konsequent gemachten Schritte zur Erfüllung dieses und der Nachfolgeabkommen der mittelamerikanischen Präsidenten, eingedenk der Tatsache, daß durch diese Politik der nicaraguanischen Regierung eine Waffenruhe erreicht worden ist, die seit nunmehr über einem Jahr anhält, und eingedenk des weitestgehenden Entgegenkommens der Regierung von Nicaragua gegenüber den Forderungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesregierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, zum Zeichen ihres fortgesetzten Interesses an Verhandlungslösungen in Mittelamerika und zur Unterstützung der vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung als positiv gewerteten Politik der Regierung Nicaraguas seit der Unterzeichnung von Esquipulas II, die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua sofort wieder aufzunehmen und nach den vorgezogenen Wahlen in Nicaragua im Februar 1990 die endgültige Fortsetzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua und die endgültige Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern erneut zu diskutieren.

Im Bewußtsein dessen, daß die gesellschaftliche und politische Polarisierung in Nicaragua abgebaut werden muß und in dem Wunsch, zu diesem Prozeß beizutragen, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit anläßlich seines jüngsten Besuches in Nicaragua in Aussicht gestellte Nahrungsmittelhilfe für die Bedürftigen in Höhe von 800 000 US-Dollar über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als einer international und in Nicaragua anerkannten neutralen Instanz zu kanalisieren."

Bonn, den 21. Juni 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion